

Positionen statt Personen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wie Phönix aus der Asche stieg die SPD nach der Nominierung ihres Kanzlerkandidaten Martin Schulz in den Meinungsumfragen nach oben. Schulz' Höhenflug zeigt, dass die Politik auch in Deutschland endgültig personalisiert ist. Inhalte spielen bei der Wahlentscheidung offensichtlich kaum mehr eine Rolle. Das ist aus Sicht unseres Berufsstandes, der in weiten Teilen von Entscheidungen des Gesetzgebers abhängig ist, eine bedenkliche Entwicklung. Denn gerade in der Gesundheitspolitik gibt es fundamentale Unterschiede zwischen den politischen Lagern. Während etwa in der Außen- und Sicherheitspolitik tatsächlich eine inhaltliche Angleichung erkennbar ist, erklärt man die Zukunft des Gesundheitswesens zur Glaubensfrage. Und prompt holt die SPD ihre „Bürgerversicherung“ aus der Versenkung. Es klingt einfach populär, dass alle Bürger unabhängig von ihrem Einkommen die gleichen medizinischen Leistungen zu gleichen Preisen erhalten sollen. Aber „gleich“ heißt in diesem Kontext leider auch „gleich schlecht“. Der Blick in viele europäische Nachbarländer zeigt, wozu ein Einheitssystem führt. Nicht ohne Grund werden wir noch immer auf der ganzen Welt um die Qualität der ambulanten und stationären Versorgung beneidet.

Jeder Zahnarzt weiß, dass er neue Verfahren und teure Geräte nur einführen kann, wenn die Investitionen durch erbrachte Behandlungen refinanziert werden. Die permanente Fortbildung kostet ebenso Geld wie die Erfüllung von Hygienerichtlinien und das Qualitätsmanagement. Auch in der Automobilindustrie findet der technologische Fortschritt primär bei den Premiummodellen statt, bevor er seinen Weg in den Massenmarkt findet. Die ausgebliebene Punktwertterhöhung in der GOZ und die sehr langsame Honorarentwicklung im Bema erschweren Investitionen in der Praxis. Man muss schon sehr naiv sein, wenn man glaubt, dass eine „Bürgerversicherung“ mit einheitlicher Gebührenordnung von Herrn Lauterbach so gestaltet würde, dass uns Zahnärzten dadurch keine finanziellen Nachteile entstünden. Letztlich leiden auch die Patienten und die gesamte Volkswirtschaft darunter, wenn Deutschland durch gesundheitspolitische Experimente in Medizin und Zahnmedizin den Anschluss an die Weltspitze verliert.



Christian Berger
Vorsitzender des Vorstands
der KZVB
Präsident der BLZK

Es gibt noch viele andere Themen, bei denen es ganz enorm darauf ankommt, wer in der Bundesregierung das Sagen hat. Das „Selbstverwaltungsstärkungsgesetz“ engt unseren Gestaltungsspielraum weiter ein. Die schwarz-rote Koalition hat sich auch nicht dadurch ausgezeichnet, die Bürokratiebelastung unseres Berufsstandes zu reduzieren. Der große Aufwand einer vertragszahnärztlichen Praxis für Verwaltungsarbeiten, die gestiegenen Anforderungen in den Bereichen Hygiene, Dokumentation, Arbeits- und Brandschutz, Qualitätsmanagement und -sicherheit müssen endlich wieder auf ein normales Maß zurückgeführt werden, um auch kleineren Praxiseinheiten ein auskömmliches Arbeiten zu ermöglichen. Zunehmend gefährden diese ausufernden Anforderungen des Gesetz- und Verordnungsgebers gerade die kleinen Einheiten in existenzbedrohender Weise. Dem muss Einhalt geboten werden, um die flächendeckende zahnärztliche Versorgung in Bayern – auch in Zukunft – zu gewährleisten.

Unsere Aufgabe wird es sein, im Vorfeld der Bundestagswahl unsere Forderungen klar und deutlich zu artikulieren. Es ist ein strategischer Vorteil, dass seit Anfang dieses Jahres die beiden großen zahnärztlichen Körperschaften in Bayern mit einer Stimme sprechen. Sie können sich darauf verlassen, dass wir uns nicht mit den Personen, sondern mit den Positionen beschäftigen werden. Das sind wir Ihnen und Ihren Patienten schuldig.

Ihr